

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Digitales (23. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/88 –**

Gründung eines Bundesministeriums für Digitalisierung

A. Problem

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung dazu auf, unverzüglich ein Bundesministerium für Digitalisierung (BMDig) zu gründen. Im BMDig seien politische Abteilungen für die Themen Bürgerdienste (OZG-Umsetzung), IT des Bundes, digitale Infrastruktur, IT-Sicherheit und Innovation einzurichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/88 abzulehnen.

Berlin, den 16. Februar 2022

Der Ausschuss für Digitales

Tabea Rößner
Vorsitzende

Dr. Jens Zimmermann
Berichterstatter

Thomas Heilmann
Berichterstatter

Tobias Bacherle
Berichterstatter

Maximilian Funke-Kaiser
Berichterstatter

Joana Cotar
Berichterstatterin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Jens Zimmermann, Thomas Heilmann, Tobias Bacherle, Maximilian Funke-Kaiser, Joana Cotar und Anke Domscheit-Berg

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf der **Drucksache 20/88** in seiner 11. Sitzung am 13. Januar 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Digitales und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/88 stellende Fraktion der AfD stellt fest, die Zuständigkeiten in der Digitalpolitik der Bundesregierung der Jahre 2005 bis 2021 hätten sich auf alle vierzehn Bundesministerien verteilt. Ein spezifisches Digitalbudget im Bundeshaushalt gäbe es bislang nicht, so dass derzeit keine Klarheit über die Ausgaben des Bundes im Bereich der Digitalpolitik bestehe. Die mangelnde und mangelhafte Digitalpolitik der Regierung habe zu einer nationalen Notlage im Bereich der digitalen Bildung, der digitalen Medizinversorgung und der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung geführt. Ferner habe sie zu einer unzureichenden Breitbandversorgung, einer inakzeptablen Anzahl an Funklöchern und einer unsicheren 5G-Netzinfrastruktur geführt, was die nationale Sicherheit und Souveränität Deutschlands gefährde und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schwäche. Zahlreiche Strategiepapiere im Themenbereich Digitalisierung seien verabschiedet worden, die überlappend, inkonsistent und im internationalen Vergleich unambitioniert seien. Die Bundesverwaltung schöpfe das Innovationspotenzial, das die Digitalisierung und die Nutzung von Daten beinhalte, daher noch nicht hinreichend aus. In den Sondierungsgesprächen zur Bildung der neuen Regierungskoalition für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sei das Thema Digitalisierung herausgehoben behandelt worden. Darauf gelte es aufzubauen. Zur Benennung klarer Verantwortlichkeiten, zur Bündelung von Fachkompetenzen sowie zur Ausstattung mit hinreichenden Mitteln sei mit Beginn der 20. Legislaturperiode daher ein Bundesministerium für Digitalisierung einzurichten. Die Neustrukturierung der Einbeziehung von Sachverstand aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zum Thema Digitalisierung sei dem federführenden Bundesministerium für Digitalisierung (BMDig) anzuvertrauen. Die Umsetzung und ggf. Fortschreibung der Umsetzungsstrategie Digitalisierung, der Datenstrategie, der KI-Strategie, der Cybersicherheitsstrategie, der Blockchain-Strategie, sowie aller weiteren Digital-Strategien, die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) sowie die Umsetzung der IT-Konsolidierung Bund seien unverzüglich dem BMDig federführend zu übertragen. Bestehende und künftige Strategien im Bereich der Digitalpolitik seien einheitlich so zu gestalten, dass sie hinreichend ambitioniert seien, um Deutschland einen internationalen Spitzenplatz im jeweiligen Politikbereich zu ermöglichen, zudem sollten sie untereinander und im europäischen Kontext konsistent abgestimmt werden. Die Bundesregierung müsse strategische Ziele, eine international sichtbare Leuchtturm-Initiative, Zeitpläne, quantifizierbare Umsetzungsschritte und budgetierte Ressourcen im Bereich der Digitalpolitik gestalten.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/88 in seiner 4. Sitzung am 16. Februar 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Digitales hat in seiner 5. Sitzung am 16. Februar 2022 die Beratung über den Antrag auf Drucksache 20/88 aufgenommen und abgeschlossen. Der **Ausschuss für Digitales** empfiehlt mit den Stimmen

der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/88 abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** unterstrich, es sei an der Zeit, dass das Kompetenzgerangel der Ministerien in Sachen Digitalisierung beendet werde. Um den komplexen Herausforderungen der Querschnittsaufgabe der Digitalisierung gerecht zu werden, forderte die Fraktion der AfD dringend die Einrichtung eines Digitalministeriums. Bereits in der letzten Wahlperiode sei ein Digitalministerium gefordert und diese Forderung nach der Wahl mit einem weiteren Antrag bekräftigt worden, der leider nicht im Hauptausschuss behandelt worden sei, sondern erst jetzt im Ausschuss für Digitales. Auch in Anbetracht dieser Verzögerung bleibe die Fraktion der AfD bei ihrer Haltung, dass nur durch eine Bündelung von Verantwortung und Kompetenzen für eine effiziente Umsetzung der Digitalstrategien gesorgt werden könne. Daher werde um Zustimmung zu dem Antrag gebeten.

Die **Fraktion der SPD** erwiderte, der Antrag der Fraktion der AfD sei durch Regierungshandeln bereits erledigt. Die Aufstellung der Regierung sei vollzogen. Daher sei der Antrag der AfD abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, die im Antrag geäußerten Kritikpunkte seien nicht richtig. Insbesondere verweise die Fraktion der CDU/CSU in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der in der 19. WP getroffenen Regelungen zur Breitbandversorgung und zum Mobilfunk. Insbesondere sei nicht die Meinungsfreiheit beschnitten, sondern ein Netzwerkdurchsetzungsgesetz verabschiedet worden, das die Durchsetzung bereits bestehender Regelungen unterstütze. Der Antrag sei ungenügend und stelle zudem nur sehr oberflächlich dar, wie eine Konzentration in einem Digitalministerium erfolgen solle. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag ebenfalls ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, es brauche eine ressortübergreifende Modernisierungsmis- sion. Diese werde mit einer starken Zentrale und starken Ressorts erreicht, daher sei der Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, die nationalistischen Punkte im Antrag der Fraktion der AfD ließen außer Acht, dass Digitalpolitik auch immer europäisch gedacht werden müsse. Aus diesem Grund lehne die Fraktion der FDP den Antrag ebenfalls ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**. bekräftigte, der Antrag sei schon rein zeitlich völlig deplatziert. Ein Digitalministe- rium sei zudem keine Lösung für alle Probleme. Deswegen lehne die Fraktion DIE LINKE. den Antrag ab.

Berlin, den 16. Februar 2022

Dr. Jens Zimmermann
Berichterstat-ter

Thomas Heilmann
Berichterstat-ter

Tobias Bacherle
Berichterstat-ter

Maximilian Funke-Kaiser
Berichterstat-ter

Joana Cotar
Berichterstat-terin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstat-terin